



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Leitbild im „Loch“

Die Qualität der Politiker können wir an der Wahl ihrer Berater erkennen. Nur die besten vertragen adäquate Berater. Die weniger guten suchen sich Berater aus, die zu ihnen passen. Und wenn die Lobbys Einfluss bekommen, bringen sie ihre Berater dort in Position. Für eine zukunftsfähige Politik braucht es aber Persönlichkeiten, die nicht vom Autovirus befallen sind und sich daher auch nicht vor jeder Einschränkung des Autoverkehrs panisch fürchten. Nichts ist ihnen zu teuer, was zur Ablenkung von dieser Aufgabe dienen kann.

Geschickt hat das die Tunnellobby in der Stadt Salzburg genutzt. Das Geld wird im U-Bahn-Tunnel (S-Link) vergraben und oben werden Hoffnungen geweckt, die nicht eingehalten werden können. Aber dieser Politik wurde weiter Zeit verschafft, anstatt mit diesem Geld nicht nur die Stadt, sondern auch das Umland auf den Weg zu einer zukunftsfähigen Entwicklung zu bringen. Dabei hat es einst mit dem Radverkehr und den Busspuren hoffnungsvoll begonnen, weil es qualifizierte Planungen gab, die mutige Persönlichkeiten durchsetzten. Es war richtig angelegtes Geld zum Nutzen der Stadt, ihrer Bürger und Besucher.

Wenn an den für Planung, Bau und Finanzierung entscheidenden Stellen des Landes und der Stadt aber vom Autovirus Befallene sitzen, kommen aus deren Köpfen Autolösungen heraus. Die Automisere in Salzburg beweist dies. Salzburg ist damit nicht allein, denn in vielen Städten wird versucht, sich um das Kernproblem „Autos müssen raus aus der Stadt, damit sie wieder den Menschen zurückgegeben wird“ vorbeizumogeln. Dass das noch immer geht, beweisen die Ergebnisse der vergangenen Wahlen, wo sich immer noch eine Mehrheit für die besten Mogler findet. Weil den Menschen ihr Auto näher ist als alles andere.

Salzburg, beim Radverkehr gut unterwegs, ist in der Verkehrspolitik auf den Zustand der 1960er Jahre zurückgefallen. Wenn der Verkehr unter die Erde verbannt und Garagen (das „Loch“) im Zentrum der Stadt geplant werden, wird diese Dynamik noch angefacht. Diese Politik ist ein Teil des Geschäftsmodells der Konzerne. Eine Politik für die Bürger ist sicher nicht deren Ziel. Erstaunlich für eine Stadt, in der mit dem „Jedermann“ vorgeführt wird, dass dieser Lebensstil kein gutes Ende haben wird. Außer jemand glaubt an Wunder, wozu er bei der Finsternis im Loch auch allen Grund hat.

Konzerne nach Sa

Mit Patenten auf herkömmlich gezüchtetes Saatgut könnten sich große Firmen die Macht darüber sichern, was auf unsere Teller und in unsere Gläser kommt. Das bedroht auch die Vielfalt auf unseren Feldern.



Schon heute ist das Saatgut großer Firmen oft nicht mehr für die Wiederaussaat geeignet. Der Bauer kann dann zum Beispiel vom Mais, den er heuer anbaut, kein Saatgut für das nächste Jahr gewinnen.

Doch den großen Konzernen reicht das nicht. Sie melden immer wieder Patente, also Schutzrechte zur gewerblichen Nutzung, auf Saatgut und Pflanzen an. Und zwar nicht nur auf solches, das durch Gentechnik „erfunden“ wurde, sondern laut Kritikern auch auf Samen aus herkömmlicher Züchtung.

„Im Gesetz steht, für ‚im Wesentlichen biologische Verfahren‘ zur Züchtung von Pflanzen und Tieren sind Patente ausgeschlossen“, sagt Christoph Then, der Sprecher

des Bündnisses „No Patents on Seeds“ (Keine Patente auf Saatgut). „Darüber, was diese Formulierung bedeutet, wird aber gestritten.“ Der schwammige Wortlaut ist ein rechtliches Schlupfloch, das große Konzerne allzu gerne nutzen.

Die Industrie versuche das Patentierungs-Verbot zu umgehen, „indem behauptet wird, wenn eine genetische Veränderung im Erbgut entdeckt wird, egal woher sie kommt, wäre das eine Erfindung. Diese Auslegung halten wir für unsinnig“, sagt der Experte.

Bei einem Patent müsse „auch immer eine technische Erfindung dahinterstehen“, meint Christoph Then. Doch bei herkömmlichen Züchtungen werde nichts erfunden.